

Die Halle vierteljährlich bei postmässiger Bezahlung 2,50 Mk., durch die Post 2,85 Mk., einschliesslich Zustellungsgebühr. Wechselungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Rechnungs-Verzeichnis unter "Saale-Zeitung" eingetragen. Bei unvollständigen eingehenden Nummern wird keine Gewähr übernommen. Rücksendung nur mit Aufkleber "Saale-Ztg." gestattet.

Verleger: Dr. Heinrich Br. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 178; der Annoncen-Abteilung Nr. 113a.

# Saale-Beitung.

Lebensmilderer Jahrgang.

Werden die 6 gebaltene Kolonialstelle oder deren Raum mit 20 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unferen Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Bekanntes die Zeit 75 Pfg. in Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Verwaltung: Halle, Gr. Brauburgstrasse 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 363.

Halle, Mittwoch, den 6. August

1913.

**Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“** werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren Exzeditionen angenommen. Der Verlag.

## Der Wehrbeitrag und die preussische Vermögenssteuer.

Der Wehrbeitrag ist beschlossen, das Gesetz im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht. Der Wehrbeitrag ist verlegt, der Bundesrat in den Ferien, ebensowohl aus die meisten Mitglieder getan, er hat die Deckung der Ausgaben geschaffen; für ihn ist die Sache erledigt. Nicht so für den Bundesrat und die Reichsämter. Sie mögen sich jetzt der wohlverdienten Ruhe freuen, aber in Halle erwacht ihnen die Aufgabe der Ausführungsbestimmungen, ohne die bei uns kein grösseres Gesetz, namentlich kein Steuergesetz, denkbar ist. Sie sind überdies im Schlussparagrafen des Gesetzes ausdrücklich vorgesehen, und an einzelnen Stellen (Ermächtigung bei erheblicher Vermögensverschlechterung, Wehrbeitrag der Bundesstaaten, Bestimmungen über Zuständigkeit der Bundesstaaten, Einrichtung der Vermögenserklärung) ist noch ausdrücklich auf sie Bezug genommen. Danach kommen noch die Bestimmungen der einzelnen Bundesstaaten. Die Landesregierung hat unter anderem die Einkommenermittlung zu regeln, wenn keine (landesrechtliche) Einkommenerklärung eingeführt ist, sie bestimmt die Veranlagungsbehörden sowie das Nähere über die Rechtsmittel gegen eine Veranlagung. Das bedeutet viele Arbeit bei knapper Zeit, denn es muß bis zum 1. Januar 1914 fertiggestellt sein. Viele Arbeit für die Beamten, aber auch für den Steuerpflichtigen, denn auch ihm liegt das Studium des Gesetzes, wie auch der rechts- und landesrechtlichen Ausführungsbestimmungen in seinem eigenen Interesse ob.

Die Gleichzeitigkeit des Stoffes in seinem Hauptteile, der Vermögensbesteuerung, legte eine Anlehnung an die preussische Vermögenssteuer (Ergänzungssteuer) nahe, die ja auch dem Reichsgesetz, stellenweise wörtlich, zum Vorbild gedient hat. Nichtsdestoweniger ist der Unterschied zwischen den beiden Steuergeetzen ziemlich groß, namentlich für die Stellung der Hauptperson, der Steuerpflichtigen. Vor allem kommt — so schreibt Justizrat Dr. Zinckhofer der „Frankfurter Zeitung“ — in Betracht, daß der Wehrbeitrag die Vermögenserklärung dem Steuerpflichtigen auferlegt, das Ergänzungsgesetz sie ihm nur freiließt. Von dieser Erlaubnis haben die Betroffenen nur sehr wenig Gebrauch gemacht, vielleicht weniger aus finanziellen Gründen als aus Abneigung gegen derartige, oft Weiterungen verursachende „Amtsgeschäfte“, die in letzter Zeit namentlich durch die soziale Gesetzgebung unheimlich gemachsen sind. Die Steuerbehörde ist in Preußen darauf angewiesen, aus der Einkommeneinschätzung, soweit sie aus Vermögen herrühren, das Vermögen und die Steuer herauszurechnen. Dabei kommt der Staat zu Schaden. Nicht nur dadurch, daß eine zu geringe Veranlagung nie, eine zu hohe dagegen regelmäßig zu Beanstandungen führt, sondern auch weil die Grundlagen der Veranlagung unvollständig sind. So sind noch nicht sämtliche Ansprüche aus Lebensrenten-Rentenversicherung wie im Reichsgesetz so auch im Ergänzungsgesetz abgabepflichtig. Sie erscheinen aber nicht in der Einkommenerklärung und entziehen sich infolgedessen regelmäßig der Vermögensberechnung. Die preussische Regierung hat bekanntlich in der letzten Tagung des vorigen Landtags die Einkünftepflicht bei der Ergänzungssteuer vorgeschlagen. Die Steuergeetze sind aber nicht mehr zur Verabschiedung gelangt. Die jetzt eintretende Einkünftepflicht zum Wehrbeitrag bereitet gewissermaßen die gleiche Vorfrist bei dem preussischen Landesgesetz vor. Abzuwarten bleibt, ob und inwieweit die Einkünfte zum Wehrbeitrag auf die Veranlagung zur preussischen Ergänzungssteuer zurückwirkt. Die Stellung des Steuerpflichtigen zur preussischen Ergänzungssteuer in der augenblicklichen Geltung des Gesetzes ist, kurz gesagt, die bequemere der guten alten Zeit. Man hat die Zahlungsfrist, aber sonst keine Annehmlichkeiten. Man braucht sich um das Gesetz nicht weiter zu kümmern, die Veranlagungsbehörde macht alles. Anders beim Wehrbeitrag. Infolge der Erklärungsfrist muß man sich mit den Einzelheiten des Gesetzes, und der zukünftigen Ausführungsbestimmungen vertraut machen. Man muß nicht nur wissen, man muß auch wissen, wie man sich hat. Die Veranlagungsbestimmungen des preussischen Gesetzes sind Vorschriften für die Behörde, die entsprechenden Bestimmungen des Reichsgesetzes sind Vorschriften für die Behörde und den Steuerpflichtigen. Namentlich alle Vorschriften ausserhalb des Steuerpflichtigen müssen ihm bekannt sein, wenn sie von ihm genutzt werden sollen, wird doch hierzu mehrfach ein Antrag des Steuerpflichtigen verlangt.

Zu diesem tief eingreifenden Unterschied kommt die Besteuerung der Aktien, und Kommanditaktien-gesellschaften im Reichsgesetz, während das preussische Ergänzungsgesetz nur physische Personen heranzieht. Hierbei wird das Veranlagungsgeschäft relativ leicht sein, da die Grundlagen der Einkünfte aus den Bilanzen leicht zu entnehmen sind. Nur bezüglich der ausländischen Gesellschaften, die nicht nur mit ihrem inländischen Grundbesitz, sondern auch mit ihrem inländischen Betriebsvermögen wehrbeitragspflichtig sind, wird die Veranlagung nicht ganz leicht sein, besonders wenn verläßt wird, durch organisatorische Veränderungen vor dem 31. Dezember 1913 der Steuerpflicht zu ergeben.

Die übrigen Unterschiede sind Einzelheiten. So wird im Reichsgesetz das Vermögen der Ehegatten zusammengezeichnet. Beide Ehegatten haften als Gesamtschuldner. Im preussischen Landesgesetz wird dem Hausvaterstand das Vermögen der Haushaltungsangehörigen hinzugerechnet, deren Einkommen seiner Verfügung unterliegt. Hier ist also die Ehefrau nicht steuerpflichtig; sie haftet auch nicht für die Steuer des Ehemanns. Nach dem angeführten Inhalt des Ergänzungsgesetzes ist der Vater auch für das seinem Nießbrauch unterliegende Vermögen der Kinder abgabepflichtig. Anders im Reichsgesetz. Bei einem der Ausnützung unterliegenden Vermögen ist nicht der Nießbraucher, sondern der Eigentümer wehrbeitragspflichtig. Demnach ist nicht der Vater, sondern das Kind steuerpflichtig. Praktisch bedeutet dies, daß der Vater den Wehrbeitrag aus dem Vermögen des Kindes nehmen kann. Dem entspricht die reichsgesetzliche Bestimmung, daß der Inhaber eines Lebens-, Fideikommisses oder Stammgutes den Wehrbeitrag „jomeit er nicht auf den nach diesem Gesetz zu berechnenden Wert seiner Nutzung entfällt“, aus dem Lebens-, Fideikommiss- oder Stammgütervermögen zahlen, oder dieses Vermögen damit belasten kann, ohne daß es einer besonderen Genehmigung darüber bedarf. Im Ergänzungsgesetz steht dies nicht. Dem Inhaber eines solchen Vermögens ist dort eine Verminderung oder Befreiung der Vermögenslasten mit der Vermögenssteuer nicht gestattet. Die hier vorgesehene dingliche Belastung der gebundenen Vermögen kann übrigens dem Grundbesitzbeamten Schwierigkeiten bereiten. Die Ausführungsbestimmungen des Bundesrats oder die landesrechtlichen Ergänzungsverordnungen werden hier aber wohl Richtlinien geben. Die im Reichsgesetz enthaltene Privilegierung des Grundvermögens hinsichtlich der Wertberechnung ist im preussischen Gesetz in anderer Art verwirklicht. Hierbei ist bereits anlässlich der Kommissionsberatung des Wehrbeitrags sehr ausführlich in der Öffentlichkeit debattiert worden.

Die Unterschiede zwischen beiden Gesetzen sind damit nicht erschöpft; die weiteren Punkte dürften aber vorwiegend die Veranlagungsbehörde interessieren. Sie ergeben sich daraus, daß der Kreis der Steuerpflichtigen infolge des verschiedenen Geltungsbereichs der Gesetze — nicht übereinstimmt. Die hier eingreifenden Vorschriften des Reichsgesetzes sind übrigens wenig klar; man hat daher dem Bundesrat weitere Bestimmungen über die Zuständigkeit der Bundesstaaten zur Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrags vorbehalten. Die Möglichkeit, daß derselbe Steuerpflichtige in zwei Bundesstaaten, also zweimal, zur Steuer herangezogen wird, ist nicht ausgeschlossen. Selbstverständlich muß es dagegen Mittel geben. Im Gesetze steht bloß — daß der Bundesrat auf Anrufen eines Bundesstaates eine Meinungsveränderung über die Zuständigkeit entscheidet. Welche Rechte in einem solchen fatalen Falle dem Steuerpflichtigen zuteil, ist im Gesetze nicht gelagt. Auch hier müssen demnach die Ausführungsbestimmungen ergänzen. Die vorstehende Skizze dürfte zeigen, daß die schon mehrfach im Publikum geäußerte Ansicht, es sei „alles wie beim Ergänzungsgesetz“ gründlich falsch ist, und daß diejenigen, die sich darauf verlassen, zu Schaden kommen können. Man kann vielmehr nur jedem raten, das Wehrbeitragsgesetz genau kennen zu lernen. Hoffentlich erscheinen bald Ausgaben, die aus den Gesetzesmaterialien die nötigen Erläuterungen beifügen. Gewöhnlich erscheinen bei uns Gesetze kommentare zu früh; hier könnte es leicht zu spät werden.

den kann, muß der Friede so beschleunigt werden, daß er binnen zwei, höchstens drei Tagen abgeschlossen werde.“

So energigischen Tönen fügt sich Bulgarien: Der bulgarische Bevollmächtigte Zontschew erklärte dem bulgarischen Korrespondenten der „Frankf. Ztg.“, daß eine Verständigung bis Freitag sicher erreicht sein werde. Bulgarien werde in der Kamala-Frage nachgeben unter ausdrücklichen Protest und im Hinblick auf die endgültige Entscheidung durch eine internationale Konferenz. Dort müsse sich das Schicksal Bulgariens tatsächlich entscheiden, und es würden vielleicht auch dann die bulgarischen Befürworter über die Grenze mit Serbien eine Wenderung erfahren. Zontschew meinte: „Hätten die Serben wirklich gesagt, so wären wir nicht so hartnäckig; auf keinen Fall können wir den Strumafluß, wie vorgeschlagen, als Grenzlinie annehmen.“ (Die Serben selbst bestehen nicht mehr auf der Struma-Grenze. Ab.)

Die im Publikum und auch bei den Bulgaren herrschende Annahme einer direkten Einflusnahme der Großmächte oder einiger derselben auf die Unterhandlungen in Bukarest oder auf etwaige spätere Verhandlungen beruht auf falschen Voraussetzungen. Die Großmächte sind sich im Gegenteil darin einig, die Balkanfrage ihre Angelegenheiten allein und unter sich regeln zu lassen, und man traut Rumänien die bisher bewiesene Kraft und Weisheit auch ferner zu, um den feindlichen Parteien gegenüber seinen vermittelnden und mächtigen Einfluß weiter auszuüben und die Verhandlungen, wenn irgend möglich, dahin zu bringen, daß ihr Ergebnis ohne Einspruch der Großmächte zur Kenntnis genommen werden kann. So gering ist die Neigung der Mächte für eine neue Konferenz, daß, wenn irgend umlich, die Ergebnisse der bulgarischen Friedensverhandlungen wie letzter die Wänderung des Berliner Vertrages infolge der bosnischen Anexion einfach durch Übereinstimmung des Rates von Kabinett zu Kabinett zum Kenntnis genommen und dadurch förmlich bestätigt werden können.

England insbesondere empfindet die umfangreichen, in Rumänien jedoch ausgeführten Anberührungen bereits als peinliches Menetekel vor irgendwelchen ersten Schritten zu Gunsten einer Bulgarisierung von Adrianopel. In Bulgarien selbst muß überhaupt nach dem bulgarischen Frieden erst wieder Ruhe eintreten. Denn wenn es auch kaum wahr sein dürfte, daß der unglückselige Diplomat Danew wegen politischer Vergehen verhaftet ist, so herrscht doch in Sofia eine leicht begriffliche Erregung, der bald das Gefühl allgemeiner Abspannung folgen wird.

## Das Urteil im Krupp-Prozess.

W. Berlin, 5. August.

Nach dreieinhalbstündiger Beratung wurde im Krupp-Prozess heute nachmittags 4½ Uhr das Urteil verkündet. Es lautet:

**Tilian 2 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, Schleuder 4 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, Sinitz 4 Monate Gefängnis und Dienstentlassung, Schmidt 2½ Monate Gefängnis und Degradation, Bräse 3 Wochen gelindes Arrest, Sage 43 Tage Festungshaft, Pfeiffer 6 Monate Gefängnis und Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Aemter für 1 Jahr.**

Ueber dieses Urteil, das, obgleich es gegen die Anträge des Anklagevertreters erheblich gemildert ist, uns doch recht hart vorkommt, wird mancherlei zu sagen sein, ebenso über das Maß der rechtlichen Anklagebegründungen, die in dem Gerichtssaal erheblich zusammengekrummt sind. . . . Man muß sich in den Angeklagten, die sich wohl in feiner Minute ihrer Verfehlungen bewußt gewesen sind, weil sie in dem wohl zu verheissenen Jahre lebten: Vor Krupp, dem durch die fälschliche Gunst so oft Ausgescheideten, gibt es keine militärischen Geheimnisse, die zu hüten sind, aufrechtiges Mittel haben. Gilt doch Krupp — trotz der seit einigen Jahren erwachsenen Konkurrenz — gerade in militärischen Kreisen nicht nur als ein Stolz der nationalen Industrie, sondern auch als ein wichtiger Faktor der Erhaltung der nationalen Wehrkraft, dessen Namen jeder Soldat mit Hochachtung nennt. Die Freundschaft, die Kaiser Wilhelm der Familie Krupp seit Jahren bezeugt, hat zu dieser Namensnennung nicht wenig beigetragen, und man ist geneigt, leicht zu vergeben, daß Krupp doch in erster Linie ein Erwerbsunternehmer ist, das seine Leistungen jeder Armeeverwaltung der Welt gegen Bezahlung zur Verfügung stellt, und als solches ein natürliches Interesse hat, über die Arbeitsbedingungen seiner Konkurrenz und über die Pläne der militärischsten aller Armeeverwaltungen der Welt möglichst vollständig informiert zu sein. Gerade ein Haus von diesem Range hat seinem vornehmsten Kunden gegenüber aber auch die Pflicht besonderer Loyalität. Ueber die Rolle, die das Direktorium der Firma Krupp in dieser ganzen Angelegenheit gespielt hat, wird ja erst der Prozess Brand volle Klarheit bringen. Jedenfalls hat schon dieser erste Prozess gelehrt, daß die Zwitterstellung des Kruppunternehmens weder im Interesse des Vaterlandes noch des industriellen Unternehmens selbst liegt. Ansehen, die so mit den vitalen Interessen ihres Landes verknüpft sind, müssen entweder reine Staatsbetriebe werden, oder wenn dies unausführbar ist, muß ihr ganz privater Charakter jeder Hilfskraft des öffentlichen Dienstes deutlich gemacht werden. Nur dann können peinliche Mißauffassungen vermieden werden. Nur dann kann kein Zweifel über die Angewissig-

## Bulgarien fügt sich.

Der Friedensvertrag dürfte in Bukarest nicht vor Freitag unterfertigt werden. Die Sache der Bulgaren steht nicht gut. Rumänien wird ihnen anraten, sich ins Unvermeidliche zu fügen. Die offiziöse „Romanica“, das Organ Late Jonescus, schreibt: „Bisher war die Rolle Rumäniens nur, Rathschläge zu erteilen, Wünsche zu äußern, den Augen aller die Notwendigkeit des Friedens und der Demobilisation vorzuführen. Es ist möglich, daß zu einem gegebenen Augenblick Rumänien energischer auf seinen Rathschlägen bestehen muß. Rumänien wünscht es nicht und hat daher die Verlängerung der Rastruhe vorgeschlagen. Da die Frage des Befehzes von Adrianopel erst nach dem Friedensschluß und nach einer etwaigen Intervention der Mächte in Konstantinopel verhandelt wer-

zeit des Mißbrauchs von Staatsgeheimnissen, zu denen Fragen der Heeresbewaffnung immer gehören, entstehen.

Berlin, 5. August.

In der Urteilsabgründung wird erklärt: Das Gericht hat den Tatbestand der Bestechung als erwiesen angesehen, außerdem aber als feststehend, daß Brand die ihm mitgeteilten Dinge nicht zum Schaden Deutschlands verwendet hat. Die Täter haben das Bewußtsein ihrer Strafbarkeit gehabt.

Pfeiffer legte sofort Berufung gegen das Urteil ein, während sich die anderen Beurteilten das Recht vorbehalten.

## Deutsches Reich.

### Theorie und Praxis im Reiche der „Genossen“.

Eine an sich recht unbedeutende Begebenheit beweist wieder einmal, welcher Unterschied in „Genossen“-Kreisen zwischen Theorie und Praxis stattfindet. Der Groß-Lichterfelder Total-Anzeiger weiß folgendes Geschichtchen zu erzählen:

„Ein hebenjähriges Kind fand in diesen Tagen vor dem Hause eines Mannes in der Lichteisfeld eine Tasche mit 300 Mark in 300 1-Pfennig-Stücken, die es in der Wädelier trug, die es aufschließend eine Kabinen von dort verloren hatte. Als Besitzerin der Tasche zeigte sich dann die Frau eines bekannten sozialdemokratischen Abgeordneten, der in der Nähe wohnte. Die Frau kaufte dem Kinde zum Danke für — 10 Pfennige zu. Als die Mutter des Kindes bei der Verliererin vor sprach, um die Frage des Finderlohnes in höflicher Weise zu besprechen, wurde sie in einer wenig angenehmen Weise empfangen und behandelt. Tugend ein Wenig Entschädigung ist noch nicht erfolgt.“

Wer sich da erinnert, wach ein Hüllenturm jedesmal in der sozialdemokratischen Presse erhoben wird, wenn ein Verbreiter bei solchen Anlässen von einem Angehörigen der verhassten Bourgeoisie mit gleicher Schädlichkeit abgefunden wird, der kann sich hier einer recht nachdenklichen Betrachtung über die sozialdemokratische Prinzipienlosigkeit nicht erwehren.

Neben diesem Stückchen aus der sozialdemokratischen Praxis nimmt sich recht hübsch folgendes Beispiel aus der mit maßloser Wut gegen den Reichsherrn besetzten Theorie aus, das wir im „Courier“, dem Organ des sozialdemokratischen Transportarbeiterverbandes, finden:

Sie auten und zufriedener draus,  
Die hochmütigen Gänse;  
Sie prassen froh in Saus und Schmaus,  
Und ruhn auf Daunenflüssen aus  
Die goldbefängten Ränke.

Uns hockt zu Hause Weib und Kind  
Wie gramgegriffene Leichen.  
Sein Spottwort pfeift dazu der Wind,  
Wenn Frieden sie die Schwarzbrotdröb'  
Im Quell der Tränen weihen.

Wer angefaßt dieses trübseligen Ergusses seine Empörung bemerken kann, dem dürfte das Bild von dem Transportarbeiter, der frierend die Schwarzbrotdröb' im Quell der Tränen weicht, Anlaß zu herzlichstem Lachen geben.

### Die Beschäftigten von Niesen und Zwergen im Gemerbetriebe.

Das Kammergericht hatte sich mit der Frage zu beschäftigen, wann eine Schaufelung von Personen anzunehmen sei, welche nach der Gemerordnung nur mit Genehmigung stattfinden können, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft nicht abwärtet; ohne Erlaubnis dürfte eine solche Schaufelung nicht stattfinden. A. habe gemerbetriebl. behandelt, um seine Einkünfte zu vergrößern. Gegen seine Berufung laute A. Revision beim Kammergericht ein und betonte, von einer Schaufelung könne dann nicht die Rede sein, wenn ein Werkzweck oder kleineres Personal beschäfte. Das Kammergericht wies indessen die Revision als unbegründet zurück und führte u. a. aus, die Schaufelung A. habe keinen Geschäftscharakter, sondern Schaufelung nicht verkannt. Einmündigkeit ist festzustellen, daß Personen von nicht normaler Größe ohne behördliche Erlaubnis zur Schaufelung und dies öffentlich angeordnet habe. Der Umfang, daß A. die Personen auch in seinem Betriebe beschäftigt habe, ist unerheblich.

### Die Schlaftrunkenheit in Neukamerun.

Ein grauenhaftes Bild von den Wirkungen der Schlaftrunkenheit in Neukamerun entrollte ein Bericht, in dem Oberstaatsrat Dr. A. Kuhn auf Antrag der Südkameruner Vertreter dem Gouvernementsrat seine Beobachtungen auf dem Gebiet der Schlaftrunkenheit in Neukamerun mitteilte. Dr. Kuhn las aus seinem Bericht unter anderem folgende Zahlen vor:

In der Umgegend von Carnot sind 2908 Menschen untersucht worden, hieron waren 1306 Drüsenkränke. Bei einer einmaligen Untersuchung wurden 80 Schlaftränke festgestellt. Die Säuglinge der Dörfer, in denen diese Untersuchungen stattfanden, führten aus dem Gedächtnis 1609 Personen als an Schlaftrunkenheit in letzter Zeit verstorben namentlich auf. Nach den Büchern der französischen Verwaltung waren in elf dieser Dörfer 1908 4825 Menschen, 1912 nur 3275. Die Zahlen der durch die Säuglinge und die französische Regierung festgestellten Todesfälle stellen die mit Sicherheit zu ermittelnde untere Grenze der in Wirklichkeit ist die Kunde waren von 71 Männern — 71 und von 91 Frauen 31 mit Drüsen behaftet. 51 Drüsenkränke wurden untersucht, und bei 30 wurden sofort Tropfen genommen gefunden (in je einem Präparat). Die Eingeborenen bringen die Kranken schon bei den geringsten Anzeichen zum Arzt. Es erfordert die größten Anstrengungen, den Rest der Bevölkerung zu retten. Der Berichtsfasser hat die Angaben der französischen Verwaltung, wonach über 50 Prozent aller Eingeborenen mit Schlaftrunkenheit verfallen sind, anfänglich angezweifelt, aber zu Unrecht. In die Wästen aus der Zeit 1912/13 haben die Franzosen keinen Einblick gestattet. Im Grasland ist die Krankheit mehr verbreitet als im Urwald. Die Menge der die Krankheit übertragenden Fliegen ist für die Intensität

der Verbreitung nicht ohne weiteres maßgebend. In der französischen Verwaltung findet sich deshalb auch die Ansicht vertreten, daß für die Verbreitung der Seuche außer den Fliegen noch andere Ursachen in Betracht kommen. Auch von den dortigen Europäern ist eine größere Zahl an Schlaftrunkenheit erkrankt. Ein davon haben sich nach Paris in das Institut Pasteur zur Behandlung begeben. Ein heftiger Krampf mit fibrillärer Fibrillation wurde beobachtet. Der Richter schloß mit diesen Worten, daß sein Gemissen ihm die Pflicht auferlege, auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die jeden bedrohen, der sich in jene Gebiete begeben. Die Anwendung der größten Vorsichtsmaßregeln ist notwendig, um sich gegen die Krankheit zu schützen. Er habe jedoch das feste Vertrauen, daß es der deutschen Verwaltung gelingen werde, der Seuche Herr zu werden.

### Bevölkerungsaustausch zwischen Stadt und Land.

Die neueste Veröffentlichung des reichsstatistischen Amtes, welches die Ergebnisse der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 nach den verschiedenen Richtungen hin beleuchtet, bringt genaue Zahlen über den Bevölkerungsaustausch zwischen Stadt und Land. Im ganzen Reiche wurden 26 287 362 Erwerbstätige ermittelt; dazu kommen noch die häuslichen Dienstboten in einer Anzahl von 1 264 755. Unter diesen rund 28 100 000 Erwerbstätigen befanden sich 11 297 000, die auf dem Lande, d. h. in Ortschaften von weniger als 2000 Einwohnern geboren waren und dort tätig geblieben sind, hingegen nur 9 107 000 Stadtbewohner und dort tätig geblieben sind. Inwieweit belief sich die Zahl der in Städten ermittelten, aber auf dem Lande geborenen Erwerbstätigen auf nicht weniger als 5 707 000; diejenige der auf dem platten Lande vorhandenen städtischen Erwerbstätigen aber nur auf 893 000. Es beträgt mithin der Gewinn der Städte an Erwerbstätigen fast 5 Millionen. Hieron muß sinngemäß als größtenteils nur vorübergehender Verlust abgerechnet werden eine Anzahl von 368 000 Angehörigen des Heeres oder der Flotte, welche, auf dem Lande geboren, ihre Dienstpflicht in Städten ableisten, wohl auch noch ein Teil der 463 000 Landbürtigen, welche in Städten als Erwerbstätige der Landwirtschaft ermittelt wurden. Immerhin bleibt auch dann noch ein Verlust des Landes von 4 1/2 Millionen Erwerbstätiger übrig, was einen gesamten Bevölkerungsvorlust von etwa 10 Millionen bedeutet. Eine dringende Mahnung, auf Mittel zu finden, der Landwirtschaft Einhalt zu tun. Andersfalls müßte schließlich der ganze Volkstörper Schaden leiden.

### Die Abwanderung der Arbeiter vom Lande zur Stadt.

hält in unermüdlicher Weise an. Wie dem „Ans. Kur.“ geschrieben wird, war in den Kreisen Verbund und Köthen im Jahre 1912 nach der von der Landwirtschaftskammer angeordneten Statistik der Zug nach der Stadt besonders bei den jüngeren Arbeitern in erhöhtem Maße zu bemerken. Sobald die Jugend selbständig arbeiten kann, verläßt sie das Land. Die Arbeitslosigkeit und Leistungsfähigkeit lassen nach Mitteilung aus landwirtschaftlichen Kreisen immer mehr zu wünschen übrig. Es soll dies vor allem Dingen der sozialdemokratischen Bevölkerung und dem Drange nach Genuß und Vergnügen zuzuschreiben sein (?). Trübsend ist die Leistungsfähigkeit der einzelnen Arbeitskräfte höher einzuschätzen als die der Wanderarbeiter. Der Arbeiterbedarf auf dem Lande nimmt zu, sei es durch Einführung einer intensiven Wirtschaftsweise (forcierter Gemülsaue, wozu besonders Schnapfabrik benötigt werden) oder durch erhöhte Anwendung künstlicher Düngemittel oder vermehrter Anbau von Hackfrüchten usw. Durch vermehrte Anwendung von Maschinen, Anschlag an die Ueberlandzentrale (Häufelweiden, Rübenmaschinen, Milchschleudern usw.) sucht man diesem Uebel zu wehren. Viele kleine Familien verfallen mit ihren Familienangehörigen die Arbeit selber zu verrichten.

Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch. Im vergangenen Monat ist die Einfuhr von ausländischem Vieh und Fleisch wiederum so erheblich zugenommen, daß eine Mitteilung der im September vorigen Jahres aus Anlaß der Fleischsteuerung ausgefallenen Einfuhrerleichterungen gegenwärtig kaum noch zu hören ist. Die Einfuhr von Rindern ist von 22 606 Stück im Monat Mai auf 18 441 zugenommen. Wenn man bedenkt, daß bereits im Jahre 1905 und 1910 die durchschnittliche Monatszufuhr höher war, als die des letzten Monats, so ist eine Einwirkung der Einfuhrerleichterungen tatsächlich nicht mehr vorhanden. Die Einfuhr von lebenden Schweinen in das oberpreussische Industriegebiet hat sich auf der Höhe des vorhergehenden Monats erhalten, sie ist aber immerhin wesentlich geringer als in den ersten beiden Monaten dieses Jahres. Das ausgefallene Kontingent wird gegenwärtig noch erreicht. Bei der Fleischzufuhr zeigt das Schweinefleisch einen weiteren ganz außerordentlichen Rückgang; die Einfuhrziffern sind seit dem Januar von 43 000 D. Z. in regelmäßigem Fallen auf 28 000 D. Z. im Juni gesunken. Die Zahl des letzten Monats erreicht kaum noch den monatlichen Durchschnitt der Jahre 1911 und 1912. Auch beim Rindfleisch hat der Rückgang weiter angehalten, obwohl hier der monatliche Durchschnitt früherer Jahre, abgesehen vom Jahre 1912, noch übertroffen wird. Ingesamt wurden an frischem Fleisch 31 264 D. Z. eingeführt gegen 54 267 im Januar und 49 751 D. Z. im April d. J. Der Ausgleich in den Breiten des In- und Auslandes ist naturgemäß auf diesen starken Rückgang in erster Linie von Einfuhr gesehen.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Neuerwerbungen der Untersuchungskommission. Der Großherzog von Sachsen-Weimars hat sich auf einen Antrag gemeldet wird, die vor dreierlei Jahren erlassenen von Tarnomischen Ritterzitter Chorist, Zerka und Katarznowo in Größe von rund 5000 Morgen an die Kgl. Anstellungscommission verkauft. Diese wird die Güter in ein Anbaugebiet umzuwandeln.

Die Untersuchung der Sudbühner Spionageaffäre ist mit negativem Ergebnis abgeschlossen worden. Bischofswibel Wabulati vom Antikriegs-Kriegsgericht aus Anlaß an Bemehlen freigesprochen worden. Der Hauptangeklagte, der Maschinenkünstler K. K. ist belanglos nach Rußland geschickt.

Der geplante Errichtung eines kaiserlichen Geschwaders weilt die „Täg. Rundschau“ neue Einzelheiten zu berichten. Danach hat sich die Marineverwaltung entschlossen, den Kreuzer „Dort“ umbauen zu lassen, damit er der ihm zugeordneten Aufgabe gewachsen sein kann. Dem umgebauten „Dort“ werden noch ein paar kleinere Kreuzer beigeschrieben werden, und im Frühjahr 1914 sind wir daher in der Lage, über ein jederzeit verfügbares fliegendes Geschwader zu verfügen, das mit einem dem fliegenden Geschwader später noch einen zweiten großen Kreuzer ausstellen. Bis 1917 werden die acht großen Kreuzer der Hochsee-

flotte vollständig sein und die zunächst folgenden großen Kreuzerbauten voraussichtlich für das fliegende Geschwader Verwendung finden.

### Hof- und Personalmeldungen.

„Tacht Sobenzollen“, 5. August, 11 Uhr vormittags. (Durch Brantenbrück.) Nach einigen kurzen Schwanzungen gefahren ist ruhige Fahrt einsetzten, die bis zum Ausblick an Abend. Es herrscht hohes, festes Wetter. Die Herren der Nordlandreise, mit Ausnahme des Generals der Infanterie u. A. Mante, verlassen die „Sobenzollen“ in Schwinnmägen morgen, Mittwoch, den 6. August, 3 Uhr 20 Min. nachmittags.

Berlin, 5. August. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Staatssekreter v. Jaagow hat heute Berlin mit kurzem Urlaub verlassen.

## Halle und Umgebung.

Halle, 5. August.

### Das Ledigenheim in Gummersbach (Weinland).

Zur Frage der Errichtung eines Ledigenheims in Halle.

Durch Gottes Günst und Menschenhand kommt auch ein kleiner Wert zu Ende. (Vom Hamburger Rathaus.)

Bei der Einweihung des Ledigenheims in Gummersbach sagte der so überaus verdiente Pastor Lungen der dortigen evangelischen Gemeinde u. a.:

„Der Gummersbacher Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke — jetzt Verein für Volkswohlfahrt — hat von ersten Tage seines Bestehens an verucht, weniger durch Wort und Rede, als vielmehr durch Schaffung sozialer Einrichtungen den Alkoholmißbrauch und seine verheerenden Wirkungen in unserem Volkstume zu bekämpfen, dabei sich frei haltend von allem fanatischen Drängen auf Zwänge. So verdankt die Wittkühnschen, die ländliche Trinkerfürsorgestelle sowie die Wandarbeiterstätte diesem Grundgedanken ihre Entstehung.

Aber je größer ein Arbeitsgebiet wird, um so mannigfaltiger werden auch die Aufgaben, die immer wieder neu aufstehen. Die Wandarbeiterstätte verlangte gebieterisch die Gründung einer Herberge zur Heimat. Eine solche jedoch zu errichten, war aus verhältnismäßig Gründen unmöglich. Um sie dennoch zu errichten, mußten wir versuchen, die Herberge einer größeren Wohlfahrtsinstitution ein- oder anzuschließen, die einigermassen die Garantie dafür bot, daß sie sich aus eigener Kraft lebensfähig erhebe. Da kam uns eine Not der Zeit zur Hilfe.

Man vernahm oft die Klage der Gesellen und Arbeiter, daß die Wohnung, die sie ihnen hätten, in Bezug auf Raum, Behaglichkeit und Verpflegung nicht im Verhältnis stünde zu dem ihnen anvertrauten Logispreis, daß sie zudem kein eigenes Zimmer hätten, sondern es mit anderen teilen müßten, daß sie auf diese Weise wegen mangelnder Behaglichkeit oft sich vorlehnten, mehr als sonst nötig wäre, ausgingen und so dem allen willen keine Möglichkeit säßen, für spätere Zeiten einen Sparvorrat anzusammeln.

Die Not der Zeit neben der Ledigenheim, ein Ledigenheim, das vorzüglich ist und bleiben wird. Natürlich fällt für Halle die Verbindung mit Herberge zur Heimat, Wandarbeiterstätte, Arbeitsnachweis usw. fort, kann um so leichter fortfallen, als ein Ledigenheim allein sich besser erfüllt. Nun wollen wir einmal sehen, wie das Gummersbacher Ledigenheim aussieht. Entsprechend seinen Bestimmungen enthält das Gebäude drei Hauptgruppen: Ledigenheim, Herberge zur Heimat, Wirtschaftsräume mit Verwalterwohnung und den Wohnräumen für das Personal. Mit Rücksicht auf die Größe der Arbeiterwohnheime ist der Eingang zu diesem in der Nähe des Hauptbaues angelegt. Man betritt von hier einen windanartigen geschlossenen Vorraum mit leicht angeschlossenem Verwalterzimmer, von dem aus gleichzeitig der Eingang zur Herberge zur Heimat übersehen werden kann. Vom Vorraum aus erreicht man eine geräumige Halle mit Treppenhause.

Wenden wir uns zu den gemeinsam zu benutzenden Räumen, so betreten wir von der Halle aus zunächst den ca. 100 Personen fassenden Speisesaal, der, behaglich und angenehm eingerichtet, einen angenehmen Eindruck macht. Mit ihm in Verbindung steht eine große geschlossene Veranda mit prachtvoller Aussicht auf das Bede- und Schmaral. An den Speisesaal schließt ein geräumiger Büffetraum mit Anrichte, und zwar ist dieser Raum so angelegt, daß man von ihm aus gleichzeitig den Tagesaal der Besucher der Herberge gut übersehen und bedienen kann.

Die Schlafräume — das wohl Wichtigste — sind durchwegs als Zimmer mit nur einem Bett in genügend geräumigen Abteilungen angeordnet und auf alle drei Geschosse verteilt. Die Einrichtung besteht aus Bett, Schrank, Tisch, Stuhl, Nähmaschine, Wäschtisch mit allem Zubehör, Spiegel usw. Material und Ausführung sind alles vorzüglich. Die ganze Einrichtung der einzelnen Zimmer ist so getroffen, daß es den Bewohnern in keiner Weise an der gewöhnlichen ruhigen, würdevollen Behaglichkeit fehlen dürfte.

Kerner finden wir ein kleines Speisezimmer, eine vorzüglich angelegte Kuchentisch und ein erweiterbares Verwalterzimmer mit Toiletten, Barmen- und Brausekessel. In allen Räumen ist gute Beleuchtung, Zentralheizung und elektrisches Licht. Die Herberge zur Heimat hat ebenfalls besonderen Eingang, einen kleinen geräumigen Tagesaal für die Durchreisenden, sowie im Dachgeschloß einen großen Speisesaal und gemeinschaftlichen Wohnraum.

An das dritte Treppenhause angegliedert liegen alle Wirtschaftsräume, z. B. die Küche mit den erforderlichen Nebenräumen, im ersten Obergeschloß die Wohnung des Verwalters und im Dachgeschloß die Wohnung für das weibliche Personal.

Ein aus drei Räumen bestehender Arbeitsnachweis sowie die Wandarbeiterstätte sind noch im Untergeschloß untergebracht.

Die Gesamtauführung des bis zum Dachgeschloß massiven Hauses wie überhaupt der ganze Bau wirkt geschlossen und imposant. Die freundlichen Farben zeigen es in das hübsche Landtagsgebäude bestens ein.

Die Kosten für das Heim haben außer der „Ledigenheim G. m. B. H.“ in dankenswerter Weise die in Frage kommenden Kommunen — es handelt sich um mehrere große Vorkriegsstädter — und ländliche staatliche Behörden und vor allem die Halle die private Industrie beigetragen — ca. 167 000 Mark inkl. Bauplatz. Dafür sind aber vier vermietbare Zimmer mit einer in jeder Weise hygienisch einwandfreien Einrichtung vorhanden. Die volle Pension in dieser Kulturanstalt kostet 1,90 Mk. pro Tag für alles, was gegeben wird, ein minimaler Preis. Es ist nur zu verständlich, daß gelegentlich







